

MELDUNGEN

Glückwünsche für Zukanow

Hamburg/Königsberg – Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, hat im Namen des Bundesvorstands der Landsmannschaft dem neuen Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolai Zukanow, zum Dienstantritt gratuliert. Er übermittelt ihm die guten Wünsche der Ostpreußen für ein erfolgreiches Wirken. Gleichzeitig hat er Gouverneur Zukanow auf das deutsch-russische Forum aufmerksam gemacht, das am 16. Oktober in Gumbinnen (Gusew) tagt, und es seiner geschätzten Aufmerksamkeit empfohlen. Das Forum ist ein Gesprächskreis, in dem ostpreussische Kreisvertreter und russische Freunde aus dem Oblastgebiet gemeinsam interessierende Fragen erörtern, von der Lokalgeschichte über den Denkmalschutz bis zur regionalen Wirtschaftsförderung und dem Umweltschutz. PAZ

Labour rückt nach links

London – Schon bevor Ed Miliband die Wahl des Vorsitzenden der britischen Labour überraschend gegen seinen Bruder David gewonnen hatte, eilte ihm der Spitzname „Red Ed“ voraus. Und so haben sich die Mitglieder des Parteitages ganz bewusst für den linken der beiden Brüder entschieden. Doch Ed Miliband betonte gleich bei seiner Antrittsrede, er sei keineswegs der Mann der Gewerkschaften und es würde mit ihm keinen Linksruck geben. Aber auch wenn er bisher noch gar nicht gesagt hat, welche politischen Ziele er im Detail anstrebt, so hat er doch stets das Ende von „New Labour“, also einen Abschied vom wirtschaftsliberalen Kurs seiner beiden Vorgänger angekündigt. Bel

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des RSD Reise Service Deutschland GmbH bei.

Die Schulden-Uhr: 0,2 Billionen für die HRE?

Die Pleitebank Hypo Real Estate (HRE) entpuppt sich immer mehr als schwarzes Loch für die deutschen Steuerzahler. Bislang summierten sich Staatshilfen aus Garantien und stillen Einlagen auf 144 Milliarden Euro. Wie jetzt bekannt wurde, fürchten Experten des Bundesfinanzministeriums jedoch, der Gesamtschaden könnte auf 8,5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), anwachsen. 2009 betrug das BIP 2400 Milliarden Euro, 8,5 Prozent entsprechen also 204 Milliarden, nach einem geschätzten Wirtschaftswachstum von drei Prozent in diesem Jahr sogar 210 Milliarden Euro. Das entspricht der kompletten Wirtschaftsleistung des Landes Hessen in einem Jahr. H.H.

1.715.897.119.633 €

Vorwoche: 1.713.771.431.005 €
Verschuldung pro Kopf: 20989 €
Vorwoche: 20964 €

(Dienstag, 28. September 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Einschüchterung und Mobbing«

Der Historiker Alfred M. de Zayas erläutert Fehlentwicklungen beim geplanten Vertriebenenzentrum

Am 16. bis 18. September fand im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums ein Symposium zum Thema „Flucht Vertreibung, ethnische Säuberungen“ mit über 250 Teilnehmern statt. Die *Preussische Allgemeine Zeitung* sprach darüber mit dem US-amerikanischen Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas.

PAZ: Mit diesem Symposium sollte auch das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibungen vorbereitet werden. Waren Sie dabei?

de Zayas: Es waren 264 Personen auf der Teilnehmerliste. Da fehlten allerdings einige der bedeutendsten Experten für diesen Themenkreis wie etwa Prof. Dr. Matthias Stickler, Prof. Dr. Arnulf Baring, Prof. Dr. Hans-Detlef Horn, Prof. Dr. Gilbert Gornig, Prof. Dr. Norman Naimark (Stanford University), Prof. Dr. Stephen Vardy (Duquesne University), Dr. Kern Schemm vom US State Department und Prof. Dr. Bohumil Dolezal (Prag). Vielleicht wurde der eine oder andere doch eingeladen und war verhindert. Was mich angeht, so wurde ich nicht eingeladen.

PAZ: Wurden Sie möglicherweise bewusst ausgeschlossen?

de Zayas: Das müssten Sie die Veranstalter fragen. Im Jahre 2005 wurde ich vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch eingeladen, das Kapitel „Vertreibung und Völkerrecht“ für den Katalog der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ zu schreiben. Ich war auch bei der Eröffnung der Ausstellung dabei. Auch 2005 wurde ich vom Institut für Zeitgeschichte eingeladen, an einer Tagung über die Potsdamer Konferenz und über die Vertreibungsbeschlüsse teilzunehmen.

Meine Positionen und meine Stellung als Experte für diese Fragen haben sich nicht geändert, wohl aber die Verhältnisse in Deutschland. 2009 schrieb ich für die Oxford Encyclopedia of Public International Law den Beitrag „Forced Population Transfer“, und ich habe in den letzten zwölf Monaten an mehr als einem Dutzend Panels der Vereinten Nationen in Genf teilgenommen – einige über „ethnische Säuberungen“.

PAZ: Wie beurteilen Sie die Richtung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung?

de Zayas: Zuweilen bekommt man den Eindruck, dass bestimmte Politiker diese Stiftung kaputt machen wollen. Es herrschen Einschüchterung und Mobbing, ja Drohung und Erpressung. Dies ist kein guter Ansatz für einen wissenschaftlichen Dialog – noch nicht einmal ein Ansatz für den Beginn einer aufrichtigen Beschäftigung mit der Thematik.

PAZ: Sagten Sie Beginn? Der Fall des Eisernen Vorhangs liegt 20 Jahre zurück, die Vertreibung selbst 65 Jahre!

de Zayas: Die Schuld für diese Misere liegt nicht nur bei betroffenen Ländern wie Polen und der Tschechischen Republik, wo es natürlich Schuldgefühle gibt. Sie liegt auch bei manchen deutschen Journalisten und Politikern und bei manchen deutschen Wissenschaftlern, die die Sache mit einer widernatürlichen Logik anpacken.

PAZ: Worin besteht diese „Widernatürlichkeit“?

de Zayas: Dreh- und Angelpunkt ist die These, dass wegen der vorangegangenen NS-Verbrechen eine Wiedergutmachung der Vertreibung nicht in Frage kommt und selbst ein ehrendes Gedenken an die Opfer und eine unvoreingenommene Erforschung des Geschehens irgendwie unzulässig sei. Aber das ist aus vielen Gründen absurd.

PAZ: Nennen Sie uns die Wichtigsten!

de Zayas: Anachronismen und falsche Zusammenhänge prägen die Diskussion. Anstatt sich mit der Vorgeschichte der Vertreibung, den geopolitischen Interessen der beteiligten Akteure, den Verträgen von Versailles und Saint Germain zu beschäftigen, wird eine monokausale Erklärung für die Vertreibung postuliert. Als ich in den 1970er Jahren als Fulbright-Stipendiat zu Forschungsarbeiten nach Deutschland kam, hätte ich mir nicht träumen lassen, dass die deutsche politische Klasse die Vertreibung so außerhalb ihres Kontextes betrachten

und alles nur auf Hitler abstellen würde. Heute werden alle geächtet, die an historische Zusammenhänge wie Versailles erinnern ...

Vertreibung erfolgte aus geopolitischen Gründen

PAZ: Sie denken an Hartmut Saenger, Arnold Tölg und Erika Steinbach?

de Zayas: Ja. Und man könnte wohl noch mehr Namen nennen.

PAZ: Gibt es weitere Argumente, warum die NS-Verbrechen



Alfred M. de Zayas

kein Argument gegen die Aufarbeitung sein können?

de Zayas: Ja, sicher. Die Vorgeschichte kann ein Verbrechen wie die Vertreibung oft mehr oder weniger plausibel machen, aber sie kann es niemals rechtfertigen und deswegen auch Wiedergutmachung nicht ausschließen. Sonst ließe sich fast für jedes große Verbrechen der Geschichte irgend ein „Entschuldigungsgrund“ finden. Ein zweiter Grund ist, dass die Masse der Opfer der Vertreibung an den Verbrechen des NS-Regimes auch nicht im Ansatz persönlich schuldig geworden ist. Ein drittes Argument wäre, dass die Vertreibung den betroffenen Län-

dern selbst am meisten geschadet hat, so dass es schon deswegen absurd wäre, die durch Vertreibung geschaffenen Tatsachen sozusagen für unantastbar zu erklären.

PAZ: Sie vertreten die gegenteilige Position?

de Zayas: Nicht nur ich als Völkerrechtler, Historiker, Bürger und Mensch. Das allgemeine Völkerrecht verbietet aus gutem Grund, dass durch Vertreibung und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffene Tatsachen anerkannt werden.

PAZ: Müsste, um dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, der frühere Zustand („status quo ante“) wiederhergestellt werden?

de Zayas: Das ist nicht immer möglich, vor allem nicht nach so langer Zeit. Gefordert sind aber aufrichtige Bemühungen, dem Recht wenigstens prinzipiell Geltung zu verschaffen durch unzweideutige und öffentliche Anerkennung des verbrecherischen Charakters der Vertreibung und durch eine zumindest symbolische Wiedergutmachung, ohne die alle öffentlichen Erklärungen bloße Worthülsen bleiben. Genau das aber lehnen die Gegner des Berliner Zentrums kategorisch ab, und zwar nicht nur Nationalisten in Warschau und Prag, sondern auch ihre Helfer in Deutschland. Nur deswegen gibt es ja diesen quälenden und beschämenden Streit um das Zentrum in Berlin.

PAZ: Vor zwei Jahren haben Sie Ihre „50 Thesen zur Vertreibung“ veröffentlicht, die auf Ihren Büchern „Die Nemesis von Potsdam“ und „Die deutschen Vertriebenen“ basieren. Wie sind die Thesen von Wissenschaft und Politik aufgenommen worden?

de Zayas: Obwohl sich die Thesen ausgesprochen gut verkaufen, haben sich die Wissenschaftler zu deren kristallklaren Aussagen ruhig verhalten, genauso ruhig wie die Politik. Ich meine, dass sich die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ früher oder später mit den Aussagen der 50 Thesen beschäftigen muss. Es nutzt nicht, die zentralen Fragen auszuklam-

mern und nur Unwesentliches drum und dran zu diskutieren.

PAZ: Wo liegen die Versäumnisse der Wissenschaft?

de Zayas: Man argumentiert anachronistisch und behauptet beispielsweise einen „kausalen Nexus“ zwischen Holocaust und Vertreibung. Doch diese ursächliche Verknüpfung gab es nicht. Wenn man die Memoranda des State Department und des britischen Foreign Office 1941 bis 1945 gelesen hat, wenn man die Diskussionen der Alliierten an den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam kennt, fällt auf, dass dort gar kein Hinweis auf den Holocaust erscheint. Die Entscheidungen zur Vertreibung folgten rein geopolitischen Interessen – in erster Linie derjenigen Stalins und seiner polnischen und tschechischen Partner. Erst viel später wurde der Holocaust als anachronistisches Argument dafür herangezogen, warum das in Sachen Vertreibung so eindeutige Völkerrecht für die Ost- und Sudeten-deutschen nicht zu gelten habe.

PAZ: War der Holocaust nicht einzigartig?

de Zayas: Gewiss, aber dieser Begriff der Einzigartigkeit wird leider von manchen Journalisten, Politikern und Pseudo-Wissenschaftlern instrumentalisiert, um eine aufrichtige Diskussion über die Vertreibung zu erschweren, um die Vertreibung zu relativieren, und sogar in gewissen Sinne nachträglich zu rechtfertigen oder zu legalisieren. Nun, was heißt eigentlich „Einzigartigkeit“? Wenn der Begriff bedeutet, dass ein bestimmtes Geschehen einzigartig ist, ist diese Feststellung ziemlich banal. Wenn es aber bedeuten sollte, dass, wenn ein bestimmter Völkermord als einzigartig eingestuft wird, dann die Opfer von anderen Völkermorden unerheblich sind, dann stellt dies eine Art Negationismus des Leidens der anderen Opfer dar (seien es Armenier, Roma und Sinti, amerikanische Indianer, australische Ureinwohner, Ruander oder eben vertriebene Deutsche) und kann auf eine schwere Verletzung von deren Menschenrechten hinauslaufen, obwohl sie fraglos die selbe Menschenwürde und den selben Anspruch auf Respekt besitzen.

Die Seidenstraße als Heroinstraße

Trotz Scharia und drakonischer Strafen: Der Iran ist eine Drehscheibe für den weltweiten Opium-Handel

Von den 74 Millionen Iranern gelten rund 3,7 Millionen als drogenabhängig. Zusammen konsumieren sie mehr als vier Tonnen Rohopium pro Tag – für eine islamische Republik mit ihrem totalen Verbot jeglicher Rauschmittel ist das ein beschämender und alarmierender Tatbestand. Da etwa 800.000 Perser an der Nadel hängen, ist auch die Aidsrate im Land der schiitischen Ayatollahs erschreckend hoch.

Das Gesundheitsministerium des Landes schätzt sogar, dass rund 20 Prozent der Iraner quer durch alle sozialen Schichten schon einmal mit Drogen in Berührung gekommen sind. Es handelt sich demnach zu über 90 Prozent um Männer, ihr Durchschnittsalter liegt bei 33 Jahren. Allerdings dürfte die Dunkelziffer bei Frauen und Jugendlichen sehr hoch sein.

Zudem fungiert der Iran als Transitbasis für den Drogenschmuggel von Opium, Heroin und Cannabis aus Afghanistan und Pakistan nach Europa und Russ-

land, dem neuen „Goldenen Dreieck“ des internationalen Geschäfts mit dem weißen Saft des Schlafmohns, der im Iran meist als Opium geraucht oder geschluckt wird und später auf dem Weg über die Türkei und den Balkan nach Zentraleuropa zu Heroin verarbeitet wird. Die ehemalige Seidenstraße zwischen Afghanistan und dem alten Persien, so die Vereinten Nationen, sei zu einer Heroinstraße verkommen.

Jährlich werden an der langen, gebirgigen Grenze zu Afghanistan Hunderte Tonnen des Suchtstoffes beschlagnahmt und Tausende von Dealern festgenommen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn nach Schätzungen internationaler Drogenfahnder werden maximal 20 Prozent der tatsächlich ins Land geschmuggelten Drogen aufgespürt.

Nach Angaben der iranischen Sicherheitskräfte gelangen so etwa

30 Prozent der in Afghanistan produzierten Drogen in den Iran, die Hälfte davon bleibt im Staat der Ayatollahs, die andere Hälfte wird nach Europa geschleust. Andere Schätzungen sprechen von bis zu 60 Prozent. Immerhin – so Victor Iwanow, Chef der russischen Drogenbehörde – gelingt es den Behörden des Landes, etwa 40 Pro-

zent der für Europa bestimmten Drogen zu beschlagnahmen. Ein anderer Teil findet seinen Weg nach Russland.

Der Staat versucht mit zum Teil drakonischen Maßnahmen, das Problem in den Griff zu bekommen. Zwischen 1998 und 2002 beispielsweise kamen bei rund 6000 bewaffneten Auseinandersetzungen mit Schmugglern fast 700 Polizisten und Soldaten ums Le-

Das strenge Regiment des Iran ließ sogar die Billard-Cafés schließen – nun rauchen die Leute eben Opium

ben. In den Gefängnissen des Landes, in denen der Drogenkonsum grassiert, sitzen rund 200.000 Menschen, mehr als die Hälfte wegen Rauschmittel-Delikten. Die Grenzschutzanlagen werden laufend verstärkt und dennoch versiegt der Strom der Opiumtransporteure kaum. Von den 388 Hinrichtungen im Jahr 2009 entfällt ein beachtliches Kontingent auf Drogenhändler und -kurier.

Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es gemessen an der Bevölkerungszahl so viele Drogenabhängige, auch wenn Präsident Mahmud Ahmadinedschad 2005 sinkende Zahlen verkündete. Die Todesrate durch Drogenmissbrauch steigerte sich von 2004 zu 2005 immerhin je nach Jahreszeit um zwischen 15 und 40 Prozent. Zum einen ist der exzessive Konsum eine Spätfolge des Krieges zwischen Irak und Iran, in dem der Schmerzbehandlung mit Opiaten oft die Sucht

folgte, zum anderen entsteht er aus dem strengen Regiment der Traditionalisten, das Jugendlichen fast alle Formen von Vergnügungen verbietet und sogar zur Schließung harmloser Billard-Cafés geführt hat. Dafür ist zu niedrigen Preisen an jeder Straßenecke im sogenannten „Ameisenhandel“ Teherans Opium, Crack, Crystal und Heroin zu bekommen. Sogar Kokain ist in Mode gekommen.

Inzwischen haben die Behörden erkannt, dass eine rein repressive Drogenpolitik nicht ausreicht. Es wurden Methadonprogramme gestartet und spezielle Suchtkliniken eingerichtet, frische Nadeln und sogar Kondome ausgegeben. Aber trotz aller internationalen Anstrengungen, der Mohnanbau in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die mächtigen Drogenkartelle schlugen nach der Hinrichtung des Drogenbosses Abdulmalik Rigi der Rebellengruppe Dschundallah mit blutigen Anschlügen auf Moscheen zurück. Der Terror greift somit auch nach Teheran. J. Feyereabend